

Das dient den wahren Herrschenden in diesem Land – den Kapitalisten. Es ist in ihrem Interesse, wenn Menschen, ihr Leben dem Kampf gegen Juden oder MigrantInnen widmen. Ihre Empörung und die aufgestaute Wut wird gegen Minderheiten und Linke gerichtet. Anstatt sich also über explodierende Mieten zu empören und im Stadtviertel Räumungen zu verhindern, sieht man in den Geflüchteten die größte Bedrohung für die jetzt schon beschissenen Lebensbedingungen. Damit bleibt die Macht der wirklich Herrschenden unberührt.

Im gleichen Zuge werden neue Polizeigesetze sowie mehr Rechte und Gelder für die Geheimdienste bereit gestellt. Dabei ist in letzter Zeit immer wieder aufgedeckt worden, dass Polizei, Geheimdienste und Militär gerade von Faschisten durchgesetzt sind. Die Vermutung

liegt nahe, dass diese Gesetzesverschärfungen also nicht im Mindesten die Bedrohung von Rechts mindern werden

Es braucht Strukturen der ArbeiterInnenklasse, die jeden Tag für eine Verbesserung der Lebensumstände kämpfen

Solidarität und Klassenkampf

Dem Anschlag von Halle folgten zahlreiche Massenkundgebungen und Solidarisierungen mit den Opfern und Hinterbliebenen. Viele Menschen machten klar, dass sie

sich nicht spalten lassen. Doch die Lage im Land ist keine einfache: Immernoch haben wir fast fünfhundert Neonazis, die per Haftbefehl gesucht werden und ihre nächsten Taten planen. Um dem etwas entgegenzusetzen reicht es nicht, Kerzen anzuzünden, wenn Schüsse fallen. Es braucht eine soziale Bewegung, die sich dem Problem annimmt.

Es braucht Strukturen der ArbeiterInnenklasse, die jeden Tag für eine Verbesserung der Lebensumstände kämpfen: Sei es im Betrieb, im Viertel, in der Uni oder in der Schule. Und hier muss auch der Antifaschismus ansetzen. Wer Seite an Seite mit religiösen Minderheiten und Menschen aller Länder kämpft, gräbt den Faschisten ihr Fundament weg. Diese setzen nämlich auf Terror und Spaltung, wogegen die besten Mittel Klassenkampf und Solidarität sind.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOnline](https://www.facebook.com/PerspektiveOnline)
t.me/perspektiveonline
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Wir müssen endlich die richtigen Mauern einreißen!

– von Paul Gerber –

Deutschland putzt sich heraus und feiert 30 Jahre Mauerfall. Doch ist das wirklich ein Grund zum feiern? Und was sind die eigentlichen Mauern die wir einreißen müssen?

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, welche Berlin in die zwei Staaten „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutsche Demokratische Republik“ teilte. Die Jubiläums-Feierlichkeiten in diesem Monat sollen der Auftakt für ein ganzes Gedenkjahr sein. Desessen Höhepunkt wird der 3. Oktober 2020 – der noch recht junge deutsche Nationalfeiertag sein. An diesem soll 30 Jahre „Wiedervereinigung“ Deutschlands gefeiert werden.

Was aber ist denn zu feiern? Der Mythos, der sich schon heute um den Mauerfall rankt, wurde gezielt geschaffen. Unterhält man sich heute mit Menschen, die damals in der DDR gelebt haben, können die wenigsten ehrlicher Weise sagen, dass sie die historische Bedeutung des 9. Novembers schon damals erkannt hätten.

Im Gegenteil: Die meisten Leute haben den Abend zu Hause verbracht, einige haben Fernsehen geguckt. Selbst diejenigen die aktiver Teil der damals wachsenden

Protestbewegung waren, werden oftmals nicht geahnt haben, dass dies der Auftakt zur „deutschen Einheit“ werden sollte.

Immerhin war damals nicht die Auflösung der DDR und Übernahme durch Westdeutschland Forderung der DemonstrantInnen. Der Großteil forderte Reformen im Rahmen des wirtschaftlichen und politischen Systems der DDR. Das müssen auch die antikommunistischen Kommentatoren heute anerkennen.



„Bonzen in die Produktion“ - Wandgemälde in der Leipziger Innenstadt

Zumindest die Legende, dass sich die Bevölkerung der DDR, friedlich das „Recht“ erkämpft hätte, wieder von einer Polizei kontrolliert und von einem Parlament ver- und zertreten zu werden, ist also offensichtlich eben das: Eine Legende.

Ausverkauf der DDR

Was nach dem Mauerfall kam, wurde ganz wie wir es auch heute noch kennen, eben nicht von der Bevölkerung diskutiert und beschlossen. Es war vielmehr das gemeinsame Werk west- und ostdeutscher „Volksvertreter“, Beamter und Diplomaten.

Der ganz-und-garnicht-rote-Faden, der sich durch diese Phase zieht, ist die Durchsetzung der Interessen westdeutscher Unternehmen – ohne Rücksicht auf den Lebensstandard der Menschen im Osten.

Bereits der Entschluss der westdeutschen Zentralbank, die Ost-Mark nur zum Kurs 1:2 in westdeutsche D-Mark zu tauschen, rief im März 1990 teils massive Proteste hervor. Das Bild, alle würden durch die Wiedervereinigung profitieren, bekam erste Risse.

Mit der Übernahme von 40% der ostdeutschen Betriebe durch die berüchtigte „Treuhand“ nahm dann eine Entwicklung ihren Lauf, die man nur als Ausverkauf der DDR bezeichnen kann. Bis heute ist die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands davon geprägt.

Die Spaltung ist noch immer da

Der angeblichen deutschen Einheit, die vom 9. November bis zum 3. Oktober nächsten Jahres ohne Zweifel besonders intensiv „gefeiert“ werden wird, ist in vielen Bereichen unseres Lebens doch in der Realität noch eine tiefe Spaltung.

Das äußert sich in nach wie vor in enormen Einkommensunterschieden; aber auch in unterschiedlicher Wochenarbeitszeit in vielen Branchen. Es äußert sich ebenso politisch, in der Ignoranz mit der viele Westdeutsche alle Ostdeutschen als „Nazis“ oder „Dunkeldeutsche“ abstempeln. Oder im Argwohn mit dem man in Ostdeutschland mitunter die „hochnäsigen“ und angeblich besser gestellten Wessis betrachtet. Der Mauerfall vor 30 Jahren hat nicht das gebracht, was sich wohl damals viele erhofft haben. So bleibt heute eigentlich nur zu sagen: Es wird Zeit die richtigen Mauern einzureißen, die uns trennen.

Zeit, die Spaltung in Ost- und Westdeutsche ebenso wie in MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen zu überwinden

Unsere eigenen Mauern einreißen

Stattdessen sollten wir in den Vordergrund stellen, dass die meisten Wessis und Ossis viel mehr gemeinsam haben, als sie trennt. Oft genug werden sie von den gleichen Konzernen und Aktiengesellschaften in West und Ost ausgebeutet.

Es ist aber auch Zeit, die Mauern in den schon existierenden sozialen Bewegungen einzureißen. Wir dürfen die Arbeitslosigkeit im Fall des Kohleausstiegs in der Umweltbewegung nicht mehr als „notwendiges Übel“ ansehen. Stattdessen sollten wir die Interessen der ostdeutschen Beschäftigten und den Kampf gegen die drohende Arbeits- und Perspektivlosigkeit gleich als natürlichen Teil unseres Kampfes gegen die Zerstörung der Umwelt betrachten.

Um all das zu erreichen werden wir nicht zuletzt unsere eigenen Grenzen überschreiten müssen. Wir werden den unsicheren und vielleicht unbequemen Weg raus aus unseren behüteten und bekannten Bekanntenkreisen gehen müssen. Hin zu denjenigen, die gerade anderer Meinung sind oder sogar in den Rechten eine Alternative sehen. Es gilt eine eigene Perspektive aufzubauen, in dessen Zentrum die Arbeiterinnen und Arbeiter stehen, egal wie sie aussehen, egal ob sie aus Ost oder West kommen. Nur so können wir einen Fall der politischen Mauern, die uns bis heute trennen, erreichen können.



Rechten Terror stoppen – Zukunft erkämpfen

– von Enver Lira –

In Deutschland sind die Faschisten im Aufwind. Viele von ihnen tragen nun Anzüge und sitzen in Parlamenten während ihre militanten Nazi-Kameraden auf der Straße morden. Mit den faschistischen Anschlägen in Kassel und jetzt auch in Halle wissen wir, welche Bewegung sich da breitgemacht hat. Was tun?

Am 8. Oktober kam es zu einem rechten Terroranschlag in Halle. Ein Mann versuchte eine Synagoge zu stürmen, doch er scheiterte. Anschließend erschoss er eine Passantin und einen Mann in einem Kebabladen. Kurz nach dem Anschlag von Halle ließ Bundespräsident Steinmeier verkünden, ein solches Attentat sei für ihn „unvorstellbar“ gewesen. Aber kam dieser Anschlag wirklich aus heiterem Himmel?

Der Mann hinter dem Abzug

In der antisemitischen Weltansicht des Täters von Halle steuern Juden die gesamte Welt. Daher seien die Ursachen für die Flucht nach Europa aus Westasien auch nicht bei Krieg und Vertreibung zu finden. Die Migration aus den Kriegsgebieten Syriens etc. nach Deutschland ist für den rechten Terroristen eine Waffe der „jüdischen Weltverschwörung“. Eine ideologische Verwirrung folgt der nächsten: Auch der „Feminismus“ ist ein wichtiges Feindbild des Attentäters. Angeblich sei dieser der Grund für die niedrigen Geburtenraten in Deutschland, also auch Grund für den Zerfall des Landes. Der Angreifer von Halle reiht sich

damit in eine Reihe faschistischer Attentäter ein. Von dem norwegischen Terroristen Anders Breivik oder dem rassistischen Mörder von Christchurch hat er sich einiges abgeguckt. Besonders an Letzteren erinnert die Veröffentlichung des Attentats live auf einer Streaming-Plattform.

faschistische Einzel-täter gibt es nicht

Mittäter gesucht

Noch immer ist die Rede von einem verwirrten Einzeltäter. Dabei wurden bereits einige Verbindungen des Täters in rechte Strukturen nachgewiesen.

So hat der Täter sich bereits vor etwa 5 Jahren bei einer Veranstaltung der faschistischen NPD in Leipzig sehen lassen. Das war bereits nach seiner Zeit in der Bundeswehr, wo er das Schießen mit Pistole und Sturmgewehr trainiert hatte. Unterstützung erhielt er auch von zwei anderen Männern, die sein faschistisches Manifest online stellten. Hinzu kommt noch eine anonyme Spende von fast ein-tausend Euro. Doch was die weiteren Ermittlungen auch immer auf-

decken sollten, klar bleibt eines: Nämlich dass die faschistischen Ideologen und Hetzer geistige Mit-täter sind. Das Manifest des rechten Terroristen von Halle spiegelt im Wesentlichen die Gedankenwelt der Neuen Rechten wieder. Er war von der rechten Propaganda infiziert und ernsthaft von ihr überzeugt. Aber dass seine Brüder im Geiste nicht für ihre Taten gerade stehen müssen, ist mindestens genauso klar. Ganz im Gegenteil: Die AfD erfreut sich Millionen-zuschüsse von Steuergeldern und auch die CDU klüngelt mit ihr. So brachte der Chef des Inlandsgeheimdienstes, Hans-Georg Maaßen im sächsischen Wahlkampf selbst eine CDU-AfD-Koalition ins Gespräch.

Schulterschluss von Bonzen und Rechten

Was allerdings konsequent aus dem Wahlkampf herausgehalten wurde, sind Inhalte. Während über Migrationswellen und Überfremdung diskutiert wird – als seien es akute Bedrohungen für die deutsche Gesellschaft – verlassen Themen wie soziale Ungleichheit, Rassismus, Löhne und Arbeitsbedingungen die Bühne.